

München, 02.10.2016

## SPD-Fraktion will Tierschutz mit 1,75 Millionen Euro pro Jahr unterstützen

**Haushaltsantrag: Freistaat muss bei Investitionen helfen - Jedes dritte bayerische Tierheim vor der Insolvenz**

Der bayerische Tierschutz soll künftig 1,75 Million Euro pro Jahr vom Freistaat als Zuschuss erhalten. Das beantragt die SPD-Landtagsfraktion für den Doppelhaushalt 2017/2018. Anlässlich des Welttierschutztages (4. Oktober) warnt die tierschutzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, **Susann Biedefeld**: "Fast jedes dritte bayerische Tierheim steht vor der Insolvenz. Sie benötigen dringend staatliche Unterstützung."

Schätzungsweise mehr als 50.000 Tiere jährlich werden in den bayerischen Tierheimen im Jahr aufgenommen, untergebracht, gefüttert, betreut, medizinisch versorgt, gesund gepflegt und wieder vermittelt. Finanzielle Hilfen für den Bau und Erhalt der Tierheime gewährt das Land Bayern, im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern, wie etwa Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg oder Sachsen, überhaupt nicht.

Die oberfränkische Abgeordnete Biedefeld kritisiert: "Unsere Tierschutzvereine werden allein gelassen, obwohl sie mit großem ehrenamtlichem Engagement öffentliche Aufgaben übernehmen und dem Staat weitaus höhere Kosten ersparen." Viele Gebäude der Tierheime sind dringend sanierungsbedürftig oder müssen aufgrund neuer gesetzlicher Vorgaben aus beziehungsweise umgebaut werden. Für diese Investitionen soll es nach dem Willen der SPD eine Million Euro pro Jahr an Zuschüssen vom Freistaat geben.



*Biedefeld 1*

*Download: Foto in hoher Auflösung (Nutzung kostenfrei)*

Zudem fordert die SPD-Landtagsfraktion die Umsetzung eines bayerischen Pilotprojekts zur Förderung des Katzenschutzes, das mit jeweils 250 000 Euro in 2017 und 2018 dotiert ist. Mit

dem Geld sollen gezielt Kastrations- und Registrierungsaktionen freilaufender Katzen, die keinem Eigentümer zuzuordnen sind, finanziell unterstützt werden.

Weiter soll ein Nothilfefonds mit jeweils 500 000 Euro pro Jahr für außergewöhnliche Ereignisse geschaffen werden. Mit diesen Mitteln sollen Kommunen sowie Tierschutzvereine beziehungsweise Tierheime unterstützt werden, die durch außergewöhnliche Großereignisse, wie etwa illegale Welpentransporte oder Fälle von Animal Hoarding unverschuldet in eine finanzielle Notlage geraten.